

Kulturwandel im Pflegeheim: „Unser System läuft dem hinterher“

Am 17. Juli 2014 kamen 28 Personen aus Sozialpolitik, unterschiedlichen Behörden und den Pflegeheimen Frankfurts zu einem „Runden Tisch Pflege“ im Gesundheitsamt Frankfurt zusammen. Gastgeberin Prof. Ursel Heudorf, die im Amt leitend für Hygienefragen zuständig ist, hatte diese Runde angeregt. Der Sprecherkreis der Heimleitenden im Frankfurter Forum für Altenpflege (FFA) hatte das Treffen organisiert und die Gäste eingeladen.

Grund ist: Pflegeheime unterliegen einem umfassenden Wandel. Er betrifft die Bewohnerschaft, aber auch die Häuser selbst. Eine neue Generation von Menschen mit Pflegebedarf – auch die 68-Generation - zieht ein. Auch gesetzliche Rahmenbedingungen - etwa die 2008 ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention, besser als Inklusion bekannt - erfordern ein Umdenken in Politik, Stadtverwaltung und allen zuständigen Behörden. Doch wie sich der Wandel im Pflegealltag von Heimen auswirkt, darüber müssen alle Verantwortlichen in einen kommunalen Dialog treten, um im Einzelfall Lösungen zu erzielen. Diesen Austausch zu pflegen, das ist bereits ein erstes Ergebnis der Veranstaltung im Gesundheitsamt.



Foto (v. l. n. r.): Olaf Höwer, Leiter im Bürgermeister-Gräf-Haus, und Doris Pogantke, Leiterin im Bürgermeister Menzer Haus, sowie Gabriele Fremdt, Betreuungs- und Pflegeaufsicht Hessen, trafen sich mit 25 weiteren Personen zum „Runden Tisch Pflege“ im Gesundheitsamt Frankfurt.

Beispiele aus dem Heimalltag

Aktuell aus dem Heimleben trugen Doris Pogantke, Bürgermeister-Menzer-Haus AWO, und Olaf Höwer, Bürgermeister-Gräf-Haus des Frankfurter Verbandes, neun Fallbeispiele vor. Fünf davon kommen kurz zur Sprache. Pogantke berichtete von einem Rollstuhlfahrer, der sehr selbstbestimmt handele. Tag und Nacht sei er unterwegs. „Er nutzt seine Zeit in der Stadt zu Einkäufen. Diese werden nicht immer bezahlt,“ sagte sie. Er kann das, weil er über seinen freien Willen verfügt. Ein anderer Mitbewohner türme sein Zimmer mit Zeitungen, Toilettendeckeln und Decken auf. Kein Mensch könne sich dort mehr bewegen. Ein dritter – ohne Aufenthaltsstatus - sei über das hiesige Sozialamt ins Haus gekommen. Dies bedeute für die Mitarbeiter, dass der ärztliche Behandlungsschein und die erforderlichen Medikamente ständig zu erkämpfen seien. Einen Arzt zu finden, komme einem Lotterietreffer gleich. „Oft treten Heime in derartigen Situation in Vorleistung“, so Doris Pogantke und fragte: „Was können Behörden für eine gute Lösung tun?“

Auch Olaf Höwer treibt diese Frage um. Er beherbergt seit einem Jahr einen Rollstuhlfahrer im Haus, der ständig nach Zigaretten verlange. „Erhält er keine, dann schreit er laut, zeigt aggressives Verhalten und wirft mit Gegenständen um sich, wovon auch schon Mitarbeiter betroffen waren.“ Ferner berichtet der Leiter von einem selbstbestimmten Bewohner, der immer dann viel Alkohol trank, wenn er sich schlecht fühlte. Plötzlich sei dieser im vergangenen Jahr verschwunden. Ohne Wissen des Hauses sei er in seine alte Wohnung zurückkehrt und habe einige Tage später mittels eines Bekannten den Heimvertrag gekündigt. Höwer fragte in die Runde: „Welche Anforderungen an Fürsorgepflicht bestehen seitens der Heimverantwortlichen?“

Verblüffung und Erfahrung zugleich

Das Bild von Menschen im Pflegeheimen, das wir im Kopf haben, stimmt nicht mehr, so das Votum der sozialpolitischen Vertretungen von CDU, Grünen und SPD sowie aller anderen Anwesenden. Betreuungsrichter Dietmar Cuntz stellte dazu fest, dass immer mehr jüngere Menschen in den Einrichtungen lebten. Er äußerte, dass auch für psychiatrisch Erkrankte das Pflegeheim oft eine Alternative sei, auch vorübergehend. Damit habe er gute Erfahrungen gemacht. Auf das Thema Krankenschein bei fehlender Aufenthaltserlaubnis ging Bernhard Bender vom Sozialamt Frankfurt ein. Auch bei uns müssten illegal lebende Menschen versorgt werden. Alle diese Fälle würden behördlich gut abgestimmt. Er sagte zu den beschriebenen Beispielen, dass die „normale“ Heimbewohnerschaft sowie auch Risikopersonen in Heimen bereits konzeptionell gut integriert seien. Dass sich die Lebensstile von Menschen in Heimen unterdessen immer weiter ausdifferenzieren, unterstrich Pia Flörsheimer, ebenfalls Sozialamt. Und Stephanie Gasteyer, Gesundheitsamt, ergänzte dazu: „Wir müssen diese Lebensvielfalt zulassen, aber unser gesamtes System läuft alle dem hinterher!“ Man habe nun zusammen die Aufgabe, das Besprochene kompatibel zu machen. Das heißt auch, Landes- und Bundespolitik gehören einbezogen mit Unterstützung der kommunalen Erfahrungen, die in jeder Stadt andere sind.

TEXT: Beate Glinski-Krause FFA-Netzwerk- und Pressebüro